

"... aber ich sage: 'das was ich esse, das bin ich', nicht?": Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel im Kontext von Identitätsfragen

Grabner, Petra; Kronberger, Nicole

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grabner, P., & Kronberger, N. (2003). "... aber ich sage: 'das was ich esse, das bin ich', nicht?": Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel im Kontext von Identitätsfragen. *SWS-Rundschau*, 43(1), 129-152. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-165499>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

„ ... aber ich sage: ‚das was ich esse, das bin ich‘, nicht?“

Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel im Kontext von Identitätsfragen

Petra Grabner (Salzburg)/ Nicole Kronberger (Linz)

Anwendungen der Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion treffen in Österreich auf eine breite Front des öffentlichen Widerstands. In diesem Beitrag beschäftigen wir uns mit der Frage, inwiefern dieser Widerstand gegen die so genannte „grüne“ Gentechnik über Nutzen und Risikoabwägungen hinaus auch als Ausdruck regionaler und kultureller Identität verstanden werden kann. Basierend auf der Analyse von Diskussionen mit verschiedenen Gruppen der österreichischen Bevölkerung sowie von Dokumenten zu politischen und wirtschaftlichen Initiativen zeigt unser Beitrag, wie sich Bevölkerung und Initiativen auf eine gemeinsam geteilte Identitätskonstruktion beziehen: Österreich als qualitätsbewusstes Land, für dessen Selbstverständnis Tradition, Kleinteiligkeit und biologische Landwirtschaft von großer Bedeutung sind. Indem „grüne“ Gentechnik häufig mit Industrialisierung, Globalisierung und Amerikanisierung assoziiert wird, wird sie zur Bedrohung dieser lokalen Identität.

1. Einleitung

Besonders in den Bereichen der landwirtschaftlichen Nutzung, d.h. gentechnisch modifizierter Nutzpflanzen und der Nahrungsmittelproduktion, stehen weite Teile der europäischen wie auch der österreichischen Öffentlichkeit dem Wert dieses Einsatzes der Gentechnik skeptisch gegenüber. Österreich bildet in diesem Kontext einen Sonderfall: Noch bevor sich in einigen anderen EU-Mitgliedsländern und schließlich auf Unionsebene selbst ein merklicher Politikwandel vollzog, hatte es hierzulande 1996 eine intensive Mobilisierung gegeben. Diese Mobilisierung wurde durch die europaweite Protestwelle nach den ersten Sojaimporten aus den USA verstärkt und kulminierte rund um das Gentechnik-Volksbegehren im Frühjahr 1997. Medizinische Anwendungen, also die so genannte „rote“ Gentechnik, blieben dabei völlig im Hintergrund, da sich die Ablehnung auf die landwirtschaftliche Nutzung gentechnisch veränderter Produkte, die „grüne“ Gentechnik, konzentrierte. Rasch wurden – bis heute wiederholte – Forderungen laut, Gemeinden, Regionen, ganze Bundesländer oder gar Gesamtösterreich zur „gentechnikfreien Zone“ zu erklären und es kam zu entsprechenden Initiativen verschiedener politischer AkteurInnen. All dies erfolgte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft und insbesondere des Biolandbaus. Gleichzeitig sollte auch Österreichs Image als „europäischer Feinkostladen“ innerhalb Europas bzw. der EU gesichert werden. Aufgrund des zufälligen Zeitpunkts der österreichischen Diskussion wurden rund sechs Monate vor dem Beginn einer europaweiten Kontroverse Themen vorweggenommen,

die kurz danach eine Zäsur in der Gentechnik- bzw. Biotechnologiepolitik der EU markieren sollten.¹

In diesem Beitrag wollen wir uns nach einer kurzen Darstellung dieser Entwicklungen auf einen weiteren, bisher wenig systematisch erforschten Aspekt konzentrieren, nämlich auf die Frage, inwiefern sich der Widerstand gegen die „grüne“ Gentechnik auch aus einem, wenn auch mitunter vagen, Verständnis von regionaler Identität und Traditionen der Esskultur speist. Dabei beziehen wir uns sowohl auf eine diffuse öffentliche Ablehnung als auch auf Initiativen politischer und wirtschaftlicher AkteurInnen, darunter auch NGOs. Als empirische Grundlagen werden hierfür Interviews mit Fokusgruppen (zwischen Juli 1999 und Jänner 2000) sowie die Analyse von Dokumenten aus der politischen Diskussion ebenso herangezogen wie Text- und Bildmaterial aus Tageszeitungen. Ein zusätzlicher Blick auf Werbekampagnen soll erhellen, wie diese Rahmung, das „framing“ der Debatte rund um die Nahrungsmittelproduktion deutlich von Identitäts- und damit verknüpften Fragen bestimmt wurde. Vergleichbare Beispiele aus anderen europäischen Ländern werfen überdies die Frage auf, ob ähnliche Charakteristika auch außerhalb Österreichs zu finden sein könnten.

2. Die Saat des Widerstands oder „Früchte des Zorns“

2.1 Phasen und Themen der internationalen Gentechnikdiskussion

Ungeachtet aller nationalen Unterschiede können im internationalen Vergleich grob gesprochen vier Phasen der Debatte ausgemacht werden, die zunächst im Überblick, dann in einem weiteren Schritt ausführlicher dargestellt werden sollen. Mithilfe vergleichender Medien- und Policy-Analysen² lassen sich nach Gamson/ Modigliani (1989) auch die jeweils vorherrschenden Themen oder „frames“ ausmachen. Diese „Rahmen“ für die Diskussion beziehen sich auf die vorrangig mit der Technologie verknüpften Fragen und die daraus resultierenden Interpretationen, etwa wie Möglichkeiten und Herausforderungen ihres Einsatzes allgemein bewertet werden.

1 Der Einfachheit halber verwenden wir in diesem Beitrag die Begriffe „Biotechnologie“ und „Gentechnik“ synonym. Während die englischsprachige Diskussion vorwiegend von „Biotechnologie“ spricht, ist im deutschsprachigen Diskurs eher von „Gentechnik“ die Rede. Wie die regelmäßigen Eurobarometer-Umfragen allerdings zeigen, sind die unterschiedlichen Begriffe verschieden konnotiert: So bewirkt die Vorsilbe „bio-“ in Österreich und in anderen europäischen Ländern (offenkundig wegen der Assoziation mit Gesundheit, wie etwa „Bioboom“) deutlich positivere Einschätzungen als die Bezeichnung „Gentechnik“. „Gentechnik“ wird offenbar mit „Eingriff in die natürliche Ordnung“ u. ä. verbunden (vgl. „Genmanipulation“) (Gaskell et al. 1998, 189–190, Gaskell et al. 2001, 55), selbst wenn nach ein und derselben Technologie gefragt wird.

2 Die angesprochenen Medienuntersuchungen (Längs- und Querschnittsanalysen) sowie die Policy-Analysen wurden in einer Serie von europäischen Forschungsprojekten durchgeführt, an denen die Autorinnen beteiligt waren bzw. sind: „Biotechnology and the European Public“ (BEP), 1996–1998; „European Debates on Biotechnology: The Dimensions of Public Concern“, 1999–2000; „Life Sciences in European Society: Towards the 21st Century“, 2000–2003. Ein dritter Forschungsschwerpunkt ist die Untersuchung der öffentlichen Meinung in Europa zu Fragen der Biotechnologie (Eurobarometer 46.1 und 52.1). Für eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse siehe Durant et al. (1998) und Gaskell/ Bauer (2001).

In der ersten Phase ab 1973 standen vor allem Wissenschaft und Forschung im Zentrum des Interesses, ab 1978 konzentrierte sich die Diskussion auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, den sich formierenden Widerstand und regulatorische Antworten darauf. Die dritte Phase in der ersten Hälfte der 90er-Jahre war geprägt von Fragen der europäischen Integration und entsprechenden Harmonisierungsbemühungen, bis schließlich ab 1996 die vorläufig letzte Periode der Diskussion von erneuter Opposition und von Fragen des KonsumentInnen schutzes charakterisiert war.

Den Ausgang hatte die Gentechnikdiskussion in den frühen 70er-Jahren in den USA genommen, wo in der wissenschaftlichen Gemeinschaft selbst angesichts geplanter gentechnischer Experimente Sicherheitsbedenken geäußert worden waren. Die dafür wichtige wissenschaftliche Asilomar-Konferenz 1973 konzentrierte sich noch nicht auf eine mögliche Einschränkung von Forschungs- bzw. Laborarbeiten, sondern auf Informationssammlung. Kurz darauf jedoch mündete die Debatte um mögliche ökologische und Gesundheitsrisiken der DNA-Rekombinationstechnik doch in ein vorläufiges Moratorium (vorübergehender Stop der Laborarbeit). Diese selbstverordnete Nachdenkpause wurde allerdings auf einer zweiten Asilomar-Konferenz zwei Jahre später wieder aufgehoben. In weiterer Folge etablierte sich ein System wissenschaftlicher Selbstkontrolle, das in den Sicherheitsrichtlinien des „National Institutes of Health“ festgeschrieben wurde.

Als europäische Vorreiterländer griffen unter anderem Großbritannien, Schweden, Frankreich, Deutschland und die Schweiz dieses System ab Ende der 70er-Jahre auf und etablierten diverse Kommissionen zur Handhabung der neuen Technologie. Dabei spielten in erster Linie eine starke pharmazeutische Industrie (wie etwa in Deutschland und der Schweiz) und der generelle Wunsch nach Förderung der Technologie (z. B. in Frankreich und Großbritannien) eine Rolle. Lediglich in Schweden kam es anlässlich des geplanten Baus eines speziellen Laboratoriums bereits zu einer frühen öffentlichen Debatte. Im Verlauf der 80er-Jahre erweiterte sich nicht nur der Anwendungsbereich der Gentechnik, sondern auch die Diskussion darüber – im Gegensatz zu den USA, wo die Kontroverse erfolgreich eingedämmt schien, nachdem ein biologisches Sicherheitskonzept eingeführt worden war, das auf technische Lösungen abstellte, und potenziell gesellschaftlich umstrittene Themen ausblendete. Während Wissenschaft, Industrie und politische EntscheidungsträgerInnen die Gentechnik als Schlüssel- bzw. Zukunftstechnologie mit enormem ökonomischen Potenzial betrachteten, deren mögliche gesetzliche Regulierung in erster Linie unter diesem Aspekt zu erfolgen habe, formierte sich zunehmend Widerstand: Dieser wurde von kritischen WissenschaftlerInnen und NGOs getragen, die der Gentechnik einen Platz neben der Atomtechnologie als umstrittene Technologie in der „Risikogesellschaft“ zuwiesen (Beck 1986).

Bereits in dieser frühen Diskussionsphase zeichnete sich in vielen Staaten auch ab, dass die Auseinandersetzung um Gentechnik mit anderen umstrittenen gesellschaftspolitischen Themen wie dem Umwelt- und Tierschutz, der Zukunft der Landwirtschaft oder der Reproduktionsmedizin eng verknüpft wurde, und dass diese Dimensionen neben die technische Risikodiskussion traten. Zunehmend erschien es zahlreichen

europäischen Regierungen notwendig, eigene gesetzliche Regelwerke zu etablieren – zum einen, um auf die gesellschaftliche Kontroverse zu reagieren, zum anderen aber auch deswegen, weil Industrie und Wissenschaft angesichts dieser wachsenden Opposition Rechtssicherheit für ihre Tätigkeit reklamierten und für diesen Anspruch auch bereit waren, auf die ursprünglich von ihnen favorisierte Selbstregulierung zu verzichten.

Als prominenteste Beispiele für eine äußerst lebhafteste Gentechnikdiskussion während der 80er-Jahre können Dänemark, Deutschland und die Niederlande gelten. Dänemark erließ 1986 das erste spezielle Gentechnikgesetz, Deutschland folgte 1990. Auch in etlichen anderen Ländern wurden in dieser Periode gesetzliche Regulierungen erlassen. Die Herangehensweisen und Gesetzesinhalte unterschieden sich dabei durchaus deutlich voneinander, und zwar abhängig von der nationalen politischen Kultur sowie den nationalen Spezifika der Debatte um die Technologie (Torgersen et al. 2002, 29-45). Parallel dazu entwickelten sich allerdings auch auf europäischer Ebene Harmonisierungsbestrebungen, die letztlich in den beiden von den UmweltministerInnen der EG beschlossenen Richtlinien des Rates über die Anwendung gentechnisch veränderter Mikroorganismen im geschlossenen System (90/ 219/ EWG) bzw. über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt (90/ 220/ EWG) mündeten. Insgesamt lässt sich für diese Phase der Gentechnikpolitik und -regulierung festhalten, dass die einzelnen nationalstaatlichen Regulierungsansätze und die EG-Richtlinien zeitlich parallel entstanden. Dabei ist ein komplexes Wechselwirkungsverhältnis zwischen den Diskursen auf nationaler und supranationaler Ebene zu erkennen (Gottweis 1995).

Sowohl jene Vorreiterländer innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, die bereits über nationale Gesetze verfügten, als auch jene Mitgliedstaaten, die bisher dem Thema keinerlei Beachtung geschenkt hatten (als derartige „Nachzügler“ galten insbesondere die Mittelmeerlande), mussten die Richtlinien in nationales Recht umsetzen. Für Österreich bedeutete dies, dass die Diskussion um das nationale Gentechnikgesetz praktisch von Beginn an unter den Vorzeichen einer Angleichung an das Gemeinschaftsrecht stand. In Österreich entwickelte sich die Gentechnikdebatte erst langsam ab Mitte der 80er-Jahre, ohne vorerst allerdings über einen kleinen Kreis hinaus die breite Öffentlichkeit zu erfassen. Das österreichische Gentechnikgesetz (BGBl. 1994/ 510) trat schließlich mit 1. Jänner 1995 zugleich mit dem EU-Beitritt in Kraft. Doch bereits ein Jahr später begann sich das Blatt zu wenden, und Österreich wurde, wie oben bereits angedeutet, zumindest teilweise vom Nachzügler zum Vorreiter innerhalb der Union. Auslösend dafür waren die ersten drei Anträge auf Freisetzungsversuche, die Anfang 1996 gestellt wurden und sofort auf breiten Protest von Umweltgruppen, aber auch der Grünen stießen. Ironischerweise erlangte ausgerechnet jener Freisetzungsversuch, der ursprünglich am wenigsten Kritik hervorgerufen hatte, schließlich als „illegale Freisetzung“ zweifelhaften Ruhm,³ und gab den letzten Ausschlag für eine massive Polarisierung und Politisierung der österreichischen Gentechnikpolitik (Wagner et al. 1998, Grabner 1999, Seifert in diesem Heft).

3 Der Antragsteller hatte die Kartoffeln noch vor der offiziellen Genehmigung ausgebracht.

2.2 Mobilisierung

Wie schon häufig zuvor in der Geschichte der europäischen Gentechnikdebatte, löste erneut ein nationales Ereignis eine heftige Kontroverse aus. Bis 1996 hatten in den einzelnen europäischen Ländern verschiedenste Anlassfälle massive Diskussionen und politische Reaktionen darauf provoziert. Derartige „focusing events“ (Birkland 1998, 53-74) boten verschiedensten Akteursgruppen, ganz besonders aber NGOs, die Möglichkeit, dem Thema einen besonderen Rahmen zu geben, die Öffentlichkeit zu mobilisieren und damit Druck zu Gunsten einer veränderten Gentechnikpolitik auszuüben.

Die österreichische Debatte zeichnete gleichsam die Vorwegnahme einiger „frames“ aus, die bald danach in weiten Teilen der EU eine Mobilisierung und erneute bzw. verstärkte Opposition gegenüber der Gentechnik bewirken sollten. Die illegale Freisetzung der gentechnisch veränderten Kartoffeln führte in Österreich zu Aktivitäten der Umweltschutzbewegung (v. a. von Global 2000), zu einer Anzeige des Antragstellers sowie zur Ausrufung eines zweijährigen Moratoriums durch die damals zuständige Gesundheitsministerin. (Das Moratorium wurde allerdings bereits am nächsten Tag durch den Bundeskanzler wieder aufgehoben.) In weiterer Konsequenz wurde die landwirtschaftliche Nutzung der Biotechnologie zu einem medienwirksamen Thema. Während in der öffentlichen Meinung vor allem das Misstrauen gegenüber der Industrie und den Behörden aufgrund deren Handhabung der Affäre stieg, sank die Zustimmung zur Gentechnik in der Landwirtschaft drastisch: Unmittelbar nach der illegalen Freisetzung forderten laut einer Meinungsumfrage 97% der Befragten eine verpflichtende Etikettierung von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln und immerhin 81% sprachen sich für ein Moratorium aus (Ökonsult 1996).

Die sich so bietende Gelegenheit nutzten die KritikerInnen der Gentechnik: Ab dem Frühjahr 1996 startete die Initiative zu einem Gentechnik-Volksbegehren,⁴ welches Umweltschutzgruppen (Global 2000, Greenpeace bzw. das Ökobüro) und andere gentechnikkritische Organisationen (Vier Pfoten, Arge Schöpfungsverantwortung und die Österreichische Bergbauernvereinigung) vereinte. Zudem hatte diese breite Basis den Vorteil, Kritik aus unterschiedlichsten Richtungen widerzuspiegeln, sei es die eher ethisch-moralisch motivierte Kritik an der Gentechnik, die sich gegen den Eingriff in die Natur wendet, oder jene Kritik, die ihre Ablehnung vorwiegend auf ökologische und gesundheitliche Risiken gründet. Das ProponentInnenkomitee deckte durch die Teilnahme von Vier Pfoten auch Tierschutzinteressen sowie mit der Österreichischen Bergbauernvereinigung die Kritik an der Gefährdung des Biolandbaus bzw. der kleinstrukturierten heimischen Landwirtschaft ab. Obwohl die Grünen eindeutig zu den UnterstützerInnen des Volksbegehrens zählten, gehörten sie nicht zu dessen offiziellen InitiatorInnen, wodurch die Parteifreiheit gewährleistet war. Das zudem massiv durch die „Neue Kronen Zeitung“ (NKZ) unterstützte Volksbegehren sollte schließlich

4 Die Forderungen des Volksbegehrens lauteten: Das gesetzlich verankerte Verbot der Produktion, des Imports und des Verkaufs von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln und agrarischen Produkten, das generelle Verbot von Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen (Tiere, Pflanzen und Mikroorganismen) sowie das Verbot der Patentierung jeglicher Lebewesen. – Medizinische Anwendungen waren damit vom Volksbegehren weitestgehend ausgenommen.

im April 1997 mit rund 1,23 Mio. Unterschriften bzw. 21% der Stimmberechtigten das bis dato zweiterfolgreichste (bzw. das erfolgreichste parteiungebundene) Volksbegehren werden.

Während der österreichischen Kampagne für das Gentechnik-Volksbegehren kristallisierten sich rasch folgende wichtige Themen heraus: Schutz der heimischen Landwirtschaft und deren Qualitätsproduktion, Nahrungsmittelsicherheit sowie damit eng verbunden Schutz und Wahlfreiheit der KonsumentInnen. Daraus resultierten auch Forderungen nach klarer Etikettierung gentechnisch veränderter Produkte (da ohne entsprechende Kennzeichnung die KonsumentInnen keine bewusste Wahl treffen könnten) oder, noch weitgehender, nach dem Verbot des Anbaus oder Inverkehrbringens gentechnisch veränderter Organismen bzw. Produkte – etwa in Form von gentechnikfreien Zonen. Doch nicht nur nationale Ereignisse und Themen kamen den österreichischen KritikerInnen der Gentechnik zugute und führten letztlich zu ihrer Kooperation: Hatte im Frühjahr 1996 noch eindeutig Global 2000 den Ton angegeben, wurde im Verlauf des Sommers klar, dass die Kampagne zusammen mit Greenpeace durchgeführt werden sollte. Wegen der für den Herbst geplanten Importe von gentechnisch verändertem Soja aus den USA nach Europa hatte Greenpeace für diesen Zeitpunkt eine europaweite Kampagne gegen gentechnisch manipuliertes Soja geplant. Die Diskussion um Soja und später Mais hatte in weiterer Folge deutliche Verstärkereffekte, sowohl in Bezug auf die EU-weite Diskussion zur Novellierung der Freisetzungsrichtlinie als auch auf die noch nicht in Kraft getretene Novel Food-Verordnung zur Etikettierung von Lebensmitteln und Lebensmittelzutaten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen bzw. hergestellt werden.

Die österreichische Regierung reagierte auf die Kampagne und auf das Ergebnis des Volksbegehrens, das eine klare Ablehnung der Gentechnik in einzelnen Bereichen zum Ausdruck brachte, mit einem politischen Schlingerkurs, der innerhalb Österreichs auf zuweilen heftige Kritik stieß (Grabner/Torgersen 1998). So verliefen etwa die Beratungen zwischen VertreterInnen des Volksbegehrens, ExpertInnen und den Regierungs- bzw. Oppositionsparteien in einem eigens eingerichteten parlamentarischen Ausschuss äußerst konfliktreich. Dieser Ausschuss sollte zwar die Umsetzungsmöglichkeiten der Volksbegehrensforderungen sondieren, die VertreterInnen der Regierungsparteien argumentierten jedoch mit dem durch das geltende EU-Recht bedingten mangelnden nationalstaatlichen Spielraum. Somit wurden die Forderungen des Volksbegehrens nicht erfüllt: Abweichend von etlichen Debattenbeiträgen österreichischer Abgeordneter zum Europäischen Parlament stimmte z.B. der Wirtschaftsminister Ende 1997 im EU-Ministerrat der Patentrichtlinie zu. Tatsächlich befand sich die Regierung in einer politischen Sackgasse und lavierte zwischen den Polen Gentechnikkritik und –unterstützung, so dass sie nicht nur von den GentechnikkritikerInnen wegen bloßer Lippenbekenntnisse massiv kritisiert wurde, sondern auch von den BefürworterInnen, die ihrerseits Technologiefeindlichkeit monierten. Auf EU-Ebene allerdings zeichnete sich ein etwas anderes Bild ab: Letztlich wurde Österreich innerhalb der Staatengemeinschaft zu einer Reihe kritischer Länder wie etwa Dänemark

gezählt, zu denen nun weitere Staaten aufschlossen. Denn die Jahre 1996/97 stellten nicht nur eine entscheidende Zäsur für die österreichische, sondern auch für die gesamteuropäische Biotechnologiepolitik dar. Zwei Ereignisse waren hierfür die entscheidenden Auslöser: die bereits erwähnten ersten Importe von gentechnisch verändertem Soja und die Nachricht über die Geburt des ersten geklonten Säugetiers, des berühmten Schafes Dolly im Februar 1997.

Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel hatten bereits relativ unbemerkt bzw. ohne einen gesellschaftlichen Disput hervorgerufen, den europäischen Markt (v. a. Großbritannien) erreicht. Dennoch führten die ersten Importe gentechnisch veränderter Sojas im Herbst 1996 zu einer Protestwelle: Zwar zeigten sich in diversen europäischen Ländern unterschiedliche Entwicklungen (Lassen et al. 2002), insgesamt führte der Protest aber langsam zu einer europaweiten Kontroverse. In Frankreich oder Italien löste sogar das Klonschaf Dolly die Auseinandersetzung um Gentechnik in der Landwirtschaft aus, und nicht der Anlassfall Soja. Dazu kam die EU-Marktgenehmigung für gentechnisch veränderte Maissorten, die nun eine neue Runde der Debatte um die „grüne“ Biotechnologie einläutete: In beiden Fällen war der Umstand problematisch, dass weder Soja noch Mais unter die Etikettierungspflicht der Novel Food-Verordnung fielen, da sie noch vor deren In-Kraft-Treten den EU-Markt erreicht hatten.

In der Folge kreiste die europäische Debatte um Verbot oder Etikettierung; im Februar 1997 verhängten schließlich Österreich, Italien und Luxemburg ihre eigenen nationalen „Importverbote“ über den gentechnisch veränderten Mais und kamen damit einer provisorischen Regelung durch die EU zuvor (Verordnung (EG) 1813/97 der Europäischen Kommission). Erst nach massiven Auseinandersetzungen innerhalb der Kommission kam es zu einer zusätzlichen Kennzeichnungspflicht auch für Nahrungsmittel und Nahrungsmittelzusätze aus gentechnisch verändertem Mais bzw. Soja (Verordnung (EG) 1139/98 des Rates).

Die EU befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer Zwickmühle: Einige Mitgliedsstaaten hatten sich durch die Importverbote offen gegen das Gemeinschaftsrecht gestellt. Daher war ursprünglich davon ausgegangen worden, dass diese nationalen Regelungen keinen Bestand haben würden. Zur Absicherung dieser Entscheidungen waren neue wissenschaftliche Erkenntnisse notwendig, die österreichische Begründung wurde jedoch nicht als ausreichend erachtet. Dennoch kam es trotz mehrmaliger Versuche zu keiner Aufhebung der nationalen Importverbote durch die EU (Grabner 1999, 307-308), was vor allem auf die zunehmend gentechnikkritischen Positionen einiger anderer Mitgliedsstaaten zurückzuführen war. Dies betraf insbesondere Großbritannien (hier trug vor allem die BSE-Krise zu einem Meinungsumschwung bei), Frankreich oder auch Griechenland: Die Gentechnikpolitik musste hier jeweils auf die sich verstärkende ablehnende öffentliche Meinung reagieren.

In weiterer Konsequenz kam es zu einer Blockade der EU-Biotechnologiepolitik und der entsprechenden Entscheidungsprozesse, worauf die Europäische Kommission im Juni 1999 mit einem de facto-Moratorium für neue Produktgenehmigungen für gentechnisch verändertes Saatgut reagierte. Offizielle Begründung dafür war, eine Nachdenkpause bis zur noch ausstehenden Novellierung der Freisetzungsrichtlinie zu

gewinnen. Gleichzeitig kritisierten allerdings die USA die restriktiver erscheinende EU-Politik mit dem Vorwurf des Protektionismus, was zu Konflikten zwischen den USA und der EU führte.

Mittlerweile ist die neue Richtlinie der EU in Kraft (2001/ 18/ EG des Europäischen Parlaments und des Rates), die das u. a. von Österreich seit langem geforderte Vorsorgeprinzip (Konkretisierung und Harmonisierung der Prinzipien für die Risikoabschätzung durch Berücksichtigung indirekter und langfristiger Effekte) und Monitoring (verpflichtende Überwachung von zugelassenen Produkten) enthält. Dennoch beharren einige der kritischsten Länder weiterhin auf ihrer restriktiven Politik und halten das neue Regelwerk für nicht ausreichend. Es scheint also, als ob auch die Revision der Freisetzungsrichtlinie die vorläufig letzte Phase der Biotechnologiedebatte nicht beendet hätte.

Abseits des in seinem Ausmaß noch nicht endgültig absehbaren Politikwandels war – vergleichbar mit der vorangegangenen österreichischen Gentechnikkontroverse – eine neue Konzentration auf Themen wie Nahrungsmittelsicherheit und KonsumentInnenenschutz zu beobachten. In der Folge kam es in einigen europäischen Ländern (z. B. Österreich und Griechenland), aber auch auf EU-Ebene, zur Etablierung von Agenturen zur Sicherstellung der Lebensmittelsicherheit durch wissenschaftliche Expertise und Kontrolle. Zudem führte die Mobilisierung durch Umweltschutz- und KonsumentInnenorganisationen überraschend zu neuen Allianzen: Als effizientestes Mittel erwies sich dabei, Druck auf den Handel, v.a. auf Lebensmittel- oder Supermarktketten auszuüben, die aufgrund ihrer Abhängigkeit von den europäischen KonsumentInnen den strategisch schwächsten Punkt der Biotechnologiekette darstellen. Wiederum spielte Österreich eine Vorreiterrolle. Bereits 1997 begann hier eine Arbeitsgruppe von Umweltschutzorganisationen und drei großen Handelsketten, ein „garantiert gentechnikfrei“-Label für die vertriebenen Produkte zu entwickeln. Eine vergleichbare Entwicklung zeichnete sich aber auch in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien ab: Handelsketten verpflichteten sich dazu, keine gentechnisch veränderten Produkte anzubieten, worauf diese auch zunehmend aus den Regalen verschwanden.

3. Der „fruchtbare Boden“ für Widerstand

Lange Zeit über wurde die Gentechnikdebatte vorwiegend als Kontroverse um potenzielle Risiken der neuen Technologie geführt: In der deutschsprachigen Debatte wurden die „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ nach der gleichnamigen deutschen Enquete-Kommission in den 90er-Jahren zu einem fixen Begriff. Allerdings zeigen die Forschungsergebnisse aus den Eurobarometer-Umfragen, dass es schon seit langem ein deutliches Unbehagen gegenüber der „grünen“ Biotechnologie gab, das sich ab 1996 zunehmend manifestierte (Gaskell et al. 2001).

Zudem sind die Wahrnehmung von bzw. die Befürchtungen in Bezug auf mögliche ökologische und Gesundheitsrisiken nicht die einzigen oder entscheidenden Kriterien für die Akzeptanz und Befürwortung der verschiedenen Anwendungen der Biotechnologie. Es hat den Anschein, als ob der Risikodiskurs vorrangig von wissen-

schaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Eliten geführt wird resp. wurde, während für die breite Öffentlichkeit Faktoren wie moralische Akzeptabilität und Nützlichkeit eine gleichermaßen entscheidende Rolle spielen (Gaskell et al. 1998, 196-197). Im Bereich der „grünen“ Gentechnik beziehen sich moralische Bedenken vor allem auf den Umgang mit unbekanntem Langzeitfolgen und einen damit verbundenen Ruf nach Vorsicht und Verantwortung. Dies entspricht dem alltagssprachlichen Verständnis des Vorsorgeprinzips (Grabner et al. 2001, 29-30), bezieht sich aber auch auf „unsaubere“ Praktiken im Bereich des Technologie-Managements (vgl. die „illegale Freisetzung“). Die Bevölkerung befürchtet, dass unsichtbare, genmanipulierte Nahrungsmittel ohne ihr Wissen in die Regale „geschmuggelt“ werden, dass sich PolitikerInnen und Industrielle „verschwören“, um im Geheimen Entscheidungen zu treffen und unsaubere Praktiken zu vertuschen, und dass diese Gruppen Gewinne erzielen, während die Allgemeinbevölkerung die Risiken und Gefahren der Innovation zu tragen hätte. Forderungen nach einem „fair play“ für die Verteilung von Nutzen und Risiken, sowie auch für Entscheidungsfindung, Durchführung und Kontrolle spielen dabei eine zentrale Rolle (Kronberger 2002).

Entscheidend für die Akzeptanz von „grüner“ Gentechnik ist weiters die wahrgenommene Nützlichkeit. Wird eine gentechnische Anwendung nicht als nützlich angesehen, denken Laien nicht über mögliche Risiken nach: Warum sollte man sich auch den Kopf über potenzielle Gesundheitsrisiken wie z.B. Allergien den Kopf zerbrechen, wenn man die Innovation gar nicht wirklich braucht? Untersuchungen der Innovationsforschung zeigen, dass erfolgreiche Technologien einerseits einen „Mehrwert“ für KonsumentInnen haben, andererseits aber auch mit Wertesystemen kompatibel sein müssen (Rogers 1995). Wenn eine Innovation den Werten und Überzeugungen einer Gruppe widerspricht, muss zunächst das Wertesystem dieser Gruppe verändert werden, um eine Akzeptanz der Innovation zu ermöglichen. Die Veränderung von Wertesystemen ist jedoch ein langsamer und schwieriger Prozess. Sozial geteilte Normen und Werte stellen einen wichtigen Aspekt für die kollektive Identität von Gruppen dar.

Gruppennormen bestimmen, was als relevant für die Beurteilung einer Innovation erachtet wird und was nicht. Auch wenn materielle Bedingungen tatsächliche Gefahren darstellen, so sind es doch die Konzeptionen und Vorstellungen von ExpertInnen und Laien, die bestimmen, was als bedrohlich *erlebt* wird. Wir konzentrieren uns daher im Folgenden darauf, welche *Bedeutung* der technologischen Innovation im Alltag zugeschrieben wird. Dieser Prozess der Bedeutungszuschreibung ist keinesfalls passiv: Denn häufig erweitert die lokale Perspektive von unmittelbar Betroffenen das Verständnis einer Innovation um neue und unerwartete Aspekte. Derartige Vorstellungen sagen mehr über die Identität einer Gruppe aus als über die physische Beschaffenheit eines Vorstellungsobjekts. Indem wir einen Gegenstand – wie in unserem Fall die Gentechnik – so verstehen, wie wir es tun, verstärken wir unsere Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe von Menschen und grenzen uns gleichzeitig von anderen ab. Anders als wissenschaftliches Denken ist Alltagsdenken durch den Zwang charakterisiert, schnell und ohne viel Aufwand entscheiden zu müssen, was von einer Innovation zu erwarten ist und wie folglich gehandelt werden soll. Im Alltag unterliegen

wir einem „pragmatischen Imperativ“ (Wagner 1994, 99): Wir verfügen nur begrenzt über Zeit und Ressourcen, uns über wissenschaftliche Details zu informieren, und beurteilen daher technologische Innovationen oft auf Basis früherer Erfahrungen mit als ähnlich wahrgenommenen Technologien. Forschung im Bereich der Risikowahrnehmung hat zum Beispiel gezeigt, dass in der öffentlichen Meinung ein Unfall in einem Atomkraftwerk als relevant für die Vorhersage von Gefahren anderer Technologien wie etwa der Gentechnik herangezogen wird (Jungermann/ Slovic 1993). Relativ neue Technologien wie die Gentechnik werden somit auf Basis früherer Erfahrungen verstanden und beurteilt. Dabei wird die (noch) unbekannte Technologie in Kontexten verankert, die nicht unbedingt etwas mit der Technologie im wissenschaftlichen oder technischen Sinne zu tun haben. Auf diese Art und Weise entstehen jedoch diskursive Repertoires, linguistische oder bildhafte Darstellungen der Technologie, die insbesondere durch die Massenmedien verstärkt und weiter transportiert werden (Wagner et al. 2002).

Im Folgenden wollen wir uns auf den Zusammenhang zwischen regionaler Identität und Esskultur und der Ablehnung von Gentechnik in der Lebensmittelproduktion in der öffentlichen Meinung konzentrieren. Dieser Zusammenhang hat politische Initiativen wie den Ruf nach gentechnikfreien Zonen ausgelöst, zu Versuchen zur Bewahrung der traditionellen *Agrikultur* geführt, aber auch Strategien von ökonomischen AkteurInnen mitbestimmt. Wir gehen bei unseren Überlegungen davon aus, dass jegliche politische Initiative oder Protestkampagne als Identifikationsangebot auf einen fruchtbaren Boden in der öffentlichen Meinung fallen muss, um mit Unterstützung rechnen und somit erfolgreich sein zu können.

3.1 Nahrung, Esskulturen und Identität

Bevor wir uns einer deskriptiven Analyse einiger Fallbeispiele zuwenden, ist vorerst noch eine Klärung zentraler Begriffe notwendig: Das Verhältnis zwischen „Essen“ und „Identität“ wird zwar in der Soziologie, der Sozialpsychologie oder der Sozialgeschichte häufig thematisiert, allerdings seltener in einem politischen oder politikwissenschaftlichen Kontext. Wie Fellmann (1997, 27-28) feststellt, ist Essen eine kulturell geprägte symbolische Form, die wie Sprachgebrauch oder Bekleidungsstil für die soziale und personale Identitätsbildung wichtig sind. Als Produktion, Zubereitung und Verzehr von Nahrung bildete Essen aus historischer Perspektive ein „Überschneidungsfeld von Kult, Ritual und sozialer Gemeinschaft“ (Ehalt 1994, 41). Welches Spektrum an Nahrungsmitteln allerdings verwendet wurde bzw. wird, und wie die Speisen jeweils hergestellt bzw. zubereitet werden, unterscheidet sich je nach Region erheblich. Die jeweiligen „kulinarischen Kulturen“ (und damit die entsprechenden Traditionen) bieten eine Möglichkeit zur Identitätskonstruktion, zur Identifikation und zur Abgrenzung, und zwar sowohl für das Individuum als auch für das Kollektiv (Fellmann 1997).

Bei kollektiven Identitäten stimmen wir mit Assmann (1994, 16) wie folgt überein: Wir „schließen hier von vornherein jene romantische Definition von Kultur aus, die von Herder bis Nietzsche Kultur als Einheit aller Lebensäußerungen eines Volkes definierte und kulturelle Identität somit auf einen metaphysischen Kern, genannt ‚Volksgeist‘ zu-

rückführte. Kollektive Identitäten sind Diskursformationen; sie stehen und fallen mit jenen Symbolsystemen, über die sich die Träger einer Kultur als zugehörig definieren und identifizieren“. Insofern stellen daher Kulturen „Identitätsangebote“ dar.

Auch Begriffe wie „regionale Identität“ oder „Region“ und „Regionalismus“ sind keine ganz einfach zu fassenden Kategorien. Für unsere Zwecke soll es genügen, auf einige wesentliche Aspekte hinzuweisen und vor allem prinzipielle Abgrenzungen zu formulieren. Obgleich seit spätestens Mitte der 90er-Jahre auch auf europäischer Ebene in aller Munde (Stichwort „Europa der Regionen“), ist der Begriff zwar „vielstrapaziert“, doch weit von einer einheitlichen Definition entfernt (Heintel 1997, 304). Ähnlich wie der Begriff „Heimat“ ist auch jener der „Region“ ambivalent: „Es gibt nur wenige Begriffe, die zugleich mit rechten wie mit linken, mit progressiven wie konservativen bis hin zu reaktionären politischen Zielvorstellungen assoziiert werden, wie dies bei dem Begriff Region und regionaler Identität der Fall ist“ (Ipsen 1994, 233). Unbestritten erscheint allerdings die Tatsache, dass eine Wiederbesinnung auf die Region bzw. die regionale Identität in engem Zusammenhang mit den Prozessen der europäischen Integration, der Internationalisierung von Politik und Ökonomie sowie der Modernisierung steht (ebenda, 232).

In diesem Sinne wird regionale Identität zum Thema,

„weil Europa immer größer wird, weil existenzbestimmende Entscheidungen im entrückten Brüssel gefällt werden, weil wir allmählich erahnen, dass der Weltmarkt ja nicht nur die bekannten Bananen und das Sony-Gerät ins Haus bringt, sondern uns auch Stück für Stück die Kontrolle über unsere Lebensverhältnisse entzieht. Region wird zum Ort der Sicherheit, der Kontrollfähigkeit in einem diffus großen Gefühlsglobus. Doch zum anderen hat der Begriff Region heute noch eine geographische Qualität. Eine Region bezeichnet einen Raum mit zumindest ungefähr bestimmbaren Grenzen. Wenn die Region eine soziale Überschaubarkeit hat, so kann in ihr heute noch ... reale Sicherheit erzeugt werden“ (Ipsen 1994, 235).

So wurde auch aus rechts- bzw. kultursoziologischer Perspektive bereits gefragt, ob das europäische Lebensmittelrecht die Vielfalt der Esskulturen bedrohe (Barlösius 1997), bzw. ob und inwieweit nationales und europäisches Lebensmittelrecht als Ausdruck kultureller Identität zu werten seien (Streinz 1997). Einer der am häufigsten zitierten Fälle dürfte in diesem Zusammenhang das deutsche Reinheitsgebot für Bier sein (Barlösius 1997, 121).

Ähnlich verhält es sich nach unseren Forschungsergebnissen auch mit dem Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel in diesem Kontext, wie wir nunmehr anhand einiger ausgewählter Beispiele illustrieren wollen.

3.2 Methodische Hinweise

Es wurden neun Gruppendiskussionen mit unterschiedlichen Gruppen der österreichischen Bevölkerung durchgeführt. Diese so genannten Fokusgruppen fanden zwischen Juli 1999 und Jänner 2000 statt. Die ersten fünf Gruppen waren Teil des Forschungsprojekts „Life Sciences in European Societies“ (LSES)⁵, dessen österreichischen Teil das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur förderte.⁶ Die ersten

5 Für erste Ergebnisse aus vergleichender Perspektive siehe Wagner et al. (2001).

6 GZ 650.274/1-III/2a/99 an Wolfgang Wagner; GZ 650.275/1-III/2a/99 an Helge Torgersen.

Gruppen wurden nach soziodemografischen Kriterien wie Geschlecht, Alter und Bildung zusammengesetzt; Diskussionen fanden in West- und Ostösterreich statt. Die späteren Fokusgruppen betrafen Bauern/ Bäuerinnen, Mütter, WirtschaftsstudentInnen kurz vor Studienabschluss und als besonders an Gentechnik interessierte Personen BesucherInnen der Ausstellung „Gentechnik pro & contra“.⁷

Tabelle 1: Zusammensetzung der Fokusgruppen

	Bildungsniveau	N	Durchschnittliches Alter	Geschlecht (m/ w)	Ort
Wien I	mittel	7	37	4/ 3	Wien
Wien II	mittel	4	22	2/ 2	Wien
Innsbruck I	mittel	8	26	4/ 4	Innsbruck
Innsbruck II	mittel	6	41	4/ 2	Innsbruck
AkademikerInnen	hoch	6	36	4/ 2	Linz
Gentechnik-Ausstellung-BesucherInnen	gemischt	8	52	6/ 2	Linz
Mütter	mittel	6	36	0/ 6	Linz
WirtschaftsstudentInnen	hoch	9	24	7/ 2	Linz
Bauern/ Bäuerinnen	niedrig	8	41	4/ 4	Niederösterreich
<i>Total</i>		<i>62</i>			

Für unseren Artikel wählten wir jene Stellen der Gruppendiskussionen zur Analyse aus, die sich einerseits auf die Anwendung der Gentechnik im Nahrungsmittelbereich beziehen, und in denen andererseits Skepsis gegenüber einer derartigen Anwendung geäußert wird. In den Gruppendiskussionen gab es (wenngleich selten) auch positive Stimmen zu Anwendungen der Gentechnik im Lebensmittelbereich. Da wir uns jedoch in diesem Beitrag auf die Ablehnung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel bzw. der Gentechnik in der Landwirtschaft konzentrieren, gehen wir auf diese positiven Stimmen nicht weiter ein, sondern greifen jene Stellen der Gruppendiskussionen heraus, die sich auf derartige Anwendungen beziehen und die diese skeptisch bewerten. Diese Passagen wurden dahingehend analysiert, ob und in welcher Form ein Bezug auf Identitätsfragen erfolgt. Identitätsfragen werden nur selten explizit als solche diskutiert. Viel häufiger werden solche Fragen nach dem „Wer sind wir?“, „Was macht uns aus?“ oder „Wer wollen wir sein?“ implizit abgehandelt. Uns interessiert nun, welches „Wir“ im Kontext von Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungs-

⁷ Diese von der Plattform „Gentechnik & Wir“, einem Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen, organisierte Ausstellung wurde 1998–2000 in mehreren österreichischen Städten gezeigt. Ihr Ziel war es, den Informationsstand der Bevölkerung über Grundlagen und Anwendungen der Gentechnik zu verbessern, um zu einer informierten und sachlichen Diskussion beizutragen.

mittel in welcher Weise relevant wird und auch, von welchem Gegenüber sich ein solches „Wir“ abgrenzen will. Die folgenden Zitate aus den Gruppendiskussionen stellen typische Anliegen der Gruppen dar. Interessanterweise werden die genannten Anliegen von fast allen Gruppen geäußert (nur den AusstellungsbesucherInnen und teilweise auch den WirtschaftsstudentInnen, welche die Gentechnik wesentlich positiver bewerten, sind solche Anliegen weniger wichtig). Um zu erkennen, aus welcher Gruppe die jeweilige Äußerung stammt, wird nach jedem Zitat die Herkunftsgruppe in einer Klammer angeführt.

Wir behandeln nun einerseits im Kontext gentechnisch veränderter Nahrungsmittel relevante Identitätsfragen, und zeigen andererseits auf, wie politische und wirtschaftliche Initiativen diese Fragen aufnehmen. Zunächst widmen wir uns der Frage, welche Aspekte die Gruppen als relevant für ihre Identität erachten. Diese umfasst Vorstellungen darüber, was sie als ÖsterreicherInnen oder BewohnerInnen bestimmter Regionen ausmacht, sowie auch, wie sie am liebsten und idealerweise leben möchten. Solche Identitätskonstruktionen sind in einem weiteren Kontext (der Umgang mit Nahrungsmitteln im Allgemeinen) zu verorten, wobei die Einstellung zu „Bio“-Produkten sowie Lebensmittelkandale wichtige Bezugspunkte darstellen. In einem zweiten Schritt wollen wir untersuchen, inwieweit die Umsetzung solcher Identitätsideale als möglich und realistisch erachtet wird. Dabei spielen nicht nur positive Identitätswürfe, sondern ebenso die Abgrenzung von als „anders“ erlebten Gruppen eine wichtige Rolle. Die Aushandlung von Lebensmittelstandards erfolgt demnach in einem Netz relevanter AkteurInnen: Diesen sind unterschiedliche Anliegen wichtig, über die sie sich definieren und auf regionaler, nationaler sowie auch internationaler Ebene verorten. In einem weiteren Schritt untersuchen wir schließlich in den Gruppen angedachte Zukunftsentwürfe, die mögliche zukünftige Identitäten ansprechen. Dabei wird die Idee des „Feinkostladens“ ebenso relevant wie jene der „McDonaldisierung“.

3.3 Identität und Nahrungsmittel(produktion)

„Der Mensch ist, was er isst.“ Auch wenn dieser zur Zeit des Deutschen Idealismus noch schockierende Satz Ludwig Feuerbachs heute „kaum mehr Wert als den einer Kuriosität“ (Fellmann 1997, 27) besitzen mag – abseits jeglicher tieferen philosophischen Bedeutung im Sinne eines anthropologischen Materialismus ist er zumindest in den deutschen Zitatenschatz eingegangen. Er drückt ein weitverbreitetes Verständnis über den Zusammenhang von kultureller und personaler Identität mit dem Essen aus. Dies wurde auch in den Fokusgruppen deutlich, wie etwa das folgende Zitat einer Interviewpartnerin illustriert: „Ich meine, ich habe auch nicht viel Geld, aber ich sage: ‚das was ich esse, das bin ich‘, nicht?“ (Mütter). Die Idee eines „Wir als qualitätsbewusste KonsumentInnen“ ist hier eine häufige Identitätskonstruktion. Dieses „Wir“ bezieht sich meist jedoch nicht nur auf das Individuum, sondern auf die Idee einer gemeinsam geteilten Identität: im Allgemeinen sind „wir als ÖsterreicherInnen“ höchst qualitätsbewusst, und unterscheiden uns von als „anders“ verstandenen BürgerInnen anderer Länder, denen vor allem der Preis wichtig ist. Produkte aus biologischer Land-

wirtschaft werden in der Regel als qualitativ hochwertiger als jene aus herkömmlicher Produktion angesehen, und diese Qualität rechtfertigt auch einen höheren Preis.

UW⁸: „... ein Biobauer ist ja ganz was anders, weil der wird nicht nur herausholen, heraus-holen; sondern ein Biobauer will ja auch Qualität, nicht nur Quantität. ... Und weil das Umdenken jetzt einfach da ist, kann sich der jetzt auch schon ganz gut über Wasser halten. Weil, weil die ganz anders arbeiten und die haben ja auch ganz andere Preise, nicht? Wenn sie wirklich Biobauern sind, nicht“ (Innsbruck II).

Zudem wird offensichtlich heimischen „Biobauern“ besonders großes Vertrauen entgegen gebracht. Österreichische landwirtschaftliche Produkte, zumal solche aus biologischer Landwirtschaft, verfügen nach einer weitverbreiteten Auffassung über eine gute Tradition und mögen zwar ihren Preis haben. Dennoch wird angenommen, dass sie für die/den NormalverbraucherIn immer noch wesentlich leichter erschwinglich und zugänglich sind als in vielen anderen Ländern.

FM: „Aber wenn ich die Wahl habe und wir sind Gott sei Dank in der glücklichen Lage in Österreich, die Wahl zu haben, das haben nicht sehr viele, aber wir haben die Wahl, wir können uns, uns aus einer Produktvielfalt etwas auswählen und ich kann heute, wenn mir alles zu blöd wird, dann kaufe ich alles im Bioladen, muss ich halt mehr verdienen, muss ich halt mehr arbeiten, aber ich leiste es mir“ (Wien I).

Das identitätsstiftende Qualitätsbewusstsein geht meist über die Sorge um gesundheitliche Risiken hinaus, da auch Wert auf traditionelle und regionale Produktion gelegt wird. Nachvollziehen zu können, wo, wie und von wem ein Produkt hergestellt wurde, wird als Qualitätsmerkmal interpretiert.

HM: „Und was sie z.B. da bei Billa und Merkur oder „Ja!Natürlich“-Schiene oder irgendwelche Bioprodukte, generell, die kommen eigentlich sehr gut an ...“

IW: „Das heißt für Gentechnik?“

HM: „... dass halt vielleicht doch das Bewusstsein doch verankert ist in weiten Teilen der Bevölkerung, wenn er auf biologische Nahrungsmittel zurückgreift oder wenn z.B. auf dem Fleisch draufsteht, das ist von dem und dem Bauer, von dem und dem Ort, bei Tomaten wird das vielleicht auch kommen, das seh'n ma“ (WirtschaftsstudentInnen).

Salzburger Metzgermeister sind ein Beispiel für wirtschaftliche Initiativen, die dieses Anliegen von regionaler Verortung aufgriffen: Diese Metzger unterstützten das Gentechnik-Volksbegehren mit der Initiative „Fleischer-Moral“. In diversen Anzeigen in Lokal- und Regionalblättern wurden jeweils die Namen und Standorte der Fleischer angeführt und an die (als mit „Ihr“ oder „Euch“ titulierte) LeserInnen direkt appelliert, ihr Vertrauen der so garantierten Qualitätsproduktion dieser Betriebe zu schenken. Für diese Diskussion war weiters wichtig, dass, wie im Zitat oben erwähnt, auch österreichische Handelsketten eigene „Bio“-Produktlinien etablierten. Diese Erweiterung der Produktpalette führte auch zu einem größeren ökonomischen Potenzial. In Bezug auf biologische Landwirtschaft verstehen viele der Interviewten Österreich als „Vorreiterland“, wo der Wunsch der KonsumentInnen nach Qualität neue Markt-nischen eröffnet. Dies geht mit der Überzeugung einher, am „richtigen“ Weg zu sein: Häufig wird angenommen, dass andere Länder, die derzeit noch wenig Wert auf Qua-

8 Die Namen der GruppenteilnehmerInnen wurden anonymisiert und durch eine Kombination aus einem zufällig gewählten Buchstaben mit einem „M“ (männlicher Sprecher) oder einem „W“ (weibliche Sprecherin) ersetzt. Fragen und Aussagen der Interviewerin wurden mit „IW“ gekennzeichnet.

litätsbewusstsein und Produkte aus biologischer Landwirtschaft legen, irgendwann auch den österreichischen Weg einschlagen werden.

Über die Marktchancen von „Bio“-Produkten berichten auch die Medien regelmäßig. So erschien etwa am 6. August 1999 in den „Salzburger Nachrichten“ (SN) ein Artikel unter der Überschrift „Bio ist in ganz Europa gefragt“, der den wachsenden Exportanteil der österreichischen Bioproduktion zum Inhalt hatte. Allerdings wurden auch die Schwierigkeiten für österreichische ProduzentInnen in dieser Marktnische thematisiert. In unserem Kontext ist besonders das Foto interessant, das diesen Beitrag illustriert. In erster Linie fällt bereits auf, dass ein Bild und nicht etwa eine Grafik zur Visualisierung der entsprechenden Daten verwendet wird. In zweiter Linie sticht aber auch hervor, *was* dieses Bild zeigt, nämlich einen kleinen Buben mit einer kurzen Lederhose: Er versucht von einem mit riesigen Käseläuben gefüllten Regal offenbar entweder gerade einen Laib herunter- oder hinauf zu heben, wobei das Idyll einer Almhütte evoziert wird, wo Kinder noch in traditionelle regionale Tracht gekleidet sind. Nicht zuletzt wird hier aber mit der Bildunterschrift „Vom Tourismusidyll zum Exportprodukt: Österreichischer Biokäse wird im Ausland mehr und mehr nachgefragt“ auch ein Zusammenhang zwischen Tourismus und Lebensmittelproduktion thematisiert (siehe dazu auch noch Kap. 3.5).

Die Sicherheit in der Lebensmittelproduktion wird in den Fokusgruppen auch anhand diverser Skandale im Zusammenhang mit BSE, aber auch mit Dioxin und hormonverseuchtem Rindfleisch diskutiert. Wegen erheblicher Sorgen der breiten Öffentlichkeit um die Lebensmittelqualität müssen die ProduzentInnen Vertrauen wiederherstellen, um ein weiteres Einbrechen der Märkte zu verhindern. Auch in diesem Kontext setzten ProduzentInnen ganz gezielt und explizit auf die österreichische Tradition der *Agrikultur*, wie eine ganzseitige Werbeeinschaltung der „Agrarmarkt Austria“ (u. a. in: SN, 5.9.1998) illustriert. Unter der Überschrift „Qualität von österreichischen Rinderbauern“ war zu lesen: „Österreichs Landwirtschaft ist einer der Grundpfeiler unserer historischen und kulturellen Tradition. Sie ist verantwortlich für unseren lebenswerten ländlichen Raum, für die Kulturlandschaft. ... Unsere Bauern pflegen die für unser Land typischen Traditionen und halten damit den ländlichen Raum lebendig.“ Mit weiteren Hinweisen auf den Wert der heimischen kleinbäuerlichen Strukturen und die hohe Qualität des österreichischen Rindfleisches sollte den KonsumentInnen angesichts der neuen EU-Rinder-Kennzeichnungsverordnung jede verbliebene Besorgnis um Gesundheitsgefährdungen genommen werden.

Diese Identitätskonstruktion als qualitäts- und traditionsbewusstes Land bildet nun den relevanten Hintergrund, um Anliegen im Bereich gentechnisch veränderter Nahrungsmittel zu verstehen. Gentechnisch veränderte Produkte werden häufig „Bio“-Produkten gegenübergestellt und gelten qualitativ als minderwertig. Die Marketingstrategien einiger Handelsketten reagierten auf Befürchtungen einer verschlechterten Lebensmittelqualität; gemeinsam mit Umweltschutzgruppen wurde ein eigenes „gentechnikfrei“-Etikett entwickelt. Bereits im November 1996 hatte die Firma „Julius Meinl“ in ihren Filialen einen Folder „Nein zu gentechnisch veränderten Lebensmitteln“ mit der Garantie aufgelegt, dass alle vertriebenen Produkte gentechnikfrei seien.

Bemerkenswert ist auch die damit verbundene Illustration, die einen quadratischen Apfel zeigt. Im selben Monat schaltete auch „Spar“ große Anzeigen mit dem Text: „Spar fordert die lückenlose Kennzeichnung genmanipulierter Lebensmittel“. Diese sprachen die Zusammenarbeit mit Global 2000 an, unterlegt mit dem Argument: „Entscheidend ist der Wunsch der Konsumenten“ (Anzeige in den SN, 18. 11. 1996). Ein halbes Jahr später lieferte „Spar“ wieder per Anzeige die Erfolgsmeldung: „Spar wird auch in Zukunft ein umfangreiches Sortiment garantiert gentechnikfreier Lebensmittel anbieten!“ (SN, 5. 4. 1997). So wurde das neue „gentechnikfrei“-Etikett bekannter.

Interessanterweise wird in den österreichischen Fokusgruppen regionale und österreichische Identität im Kontext mit Esskultur – anders als in Frankreich oder Italien⁹ – nicht so sehr an typischen Gerichten („Nationalspeisen“, die es auch in Österreich gibt) oder Zubereitungsformen festgemacht, sondern eher mit einem Bewusstsein um die Qualität landwirtschaftlicher Produkte verknüpft. Das Motto „klein, aber fein“ ist für das Selbstverständnis als qualitätsbewusste Nation sehr wichtig. Eine starke Identifikation mit den jeweiligen Esskulturen und -traditionen ist indes in allen genannten Ländern festzustellen.

3.4 Der Kampf um Lebensmittelstandards oder: wie realisierbar sind unsere Ideale?

In diesem Abschnitt wollen wir uns der Frage zuwenden, inwieweit die Fokusgruppen die Umsetzung des Qualitätsideals als möglich und realistisch erachteten. Dabei spielen nicht nur positive Identitätsentwürfe, sondern ebenso die Abgrenzung von als „anders“ erlebten Gruppen eine wichtige Rolle. Bedeutsam ist, dass Lebensmittelstandards auf regionaler, nationaler sowie auch internationaler Ebene ausgehandelt werden. Strenge Standards, die alle Fokusgruppen favorisieren, werden wegen der Globalisierung von Produktion und Regulierung als nur teilweise umsetzbar erachtet. Häufig werden Interessenkonflikte auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene wahrgenommen. Zudem bewirkten die diversen europäischen Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre nicht nur in Österreich eine tiefe Verunsicherung über Nahrungsmittelsicherheit. Die Befragten äußern mitunter auch den Eindruck, dass die EU-Regulierungen Standards im Lebensmittelrecht eher gesenkt als angehoben hätten.

NW: *„Und ich glaube auch, dass sie unterschiedliche Ziele verfolgen, das ist auch das was, dass, dass eh Frankreich z.B. eine andere Einstellung zu Gentechnik hat als Österreich, das ist ja schon irgendwie klar“.*

PW: *„Ja aber unsere Einstellung war besser, unsere Gesetze waren auf alle Fälle besser als sie jetzt sind, das schon ja, ja. Ich meine die ganzen, ich meine mit Lebensmittel, so, und eben die ganzen Transporte, Gentechnik und so, das war schon besser davor; da haben wir schon zurückstecken müssen“ (Innsbruck I).*

Auch wenn die Idee eines „gentechnikfreien“ Österreichs häufig als unrealistisch erachtet wird, so wird sie doch meist gut geheißt. Die NKZ nahm sich der Forderung besonders an, als sie vor der Eintragsfrist zum Gentechnik-Volksbegehren die Namen, die Parteizugehörigkeit sowie die Gemeinden all jener BürgermeisterInnen pu-

9 In diesen Ländern spielten bereits anlässlich früherer Harmonisierungen des EU-Lebensmittelrechts z. B. spezielle Käsesorten und ihre Herstellung eine große Rolle. Derartige Bezüge stellten etwa auch die italienischen Fokusgruppen her, die in diesem Beitrag nicht näher untersucht werden.

blizierte, die eine von Global 2000 initiierte Resolution „Keine Freisetzen in meiner Gemeinde“ unterzeichnet hatten (NKZ, 26.3.1997). Obwohl andere österreichische Tageszeitungen diese Aktion von Global 2000 keineswegs in gleichem Ausmaß beachteten, setzte sie sich doch offenkundig in manchen Köpfen fest:

EM: *„Ja also ein Beispiel für eine funktionierende Demokratie, jetzt auf dem Gebiet, denke ich mir, was jetzt diese Freisetzungsversuche angeht, sind die österreichischen Bürgermeister; es hat noch keinen Bürgermeister gegeben, der sich das getraut hat, das zu entscheiden und freizugeben. Und das sind die, die am lautesten schreien, auch wenn es von oben eh genehmigt wird. Da findet sich kein Bürgermeister, der das zulässt in Österreich, momentan. Das ist auch funktionierende Demokratie, nicht. Und es gibt eben verschiedene Ebenen der Entscheidung, und das ist schon unheimlich schwierig“* (AkademikerInnen).

Lokale und regionale Politik scheint den eigenen Anliegen für Qualitäts- und Traditionsbewusstsein am ehesten zu entsprechen. Auf dieser Ebene gilt eine gentechnikkritische Haltung oft als politisch korrekt. Wie das Zitat oben zeigt, wird Gentechnik zudem häufig als „von außen“ oder „von oben“ befürwortet interpretiert; auf regionaler Ebene, so die Überzeugung, gebe es dagegen kaum BefürworterInnen der neuen Technologie. Nationale Entscheidungsfindung wird hingegen meist im Spannungsfeld zwischen regionalen Anliegen und Anforderungen der EU verortet. Es dominiert die Überzeugung, dass ideale Lebensmittelstandards „politischen Notwendigkeiten“ geopfert werden. Zur Komplexität der EU-Regulierungen und Entscheidungsmechanismen, die als schwer durchschau- und beeinflussbar wahrgenommen werden, gesellt sich allerdings noch eine mit Skepsis beargwöhnte Politik, aber auch Esskultur der USA.

FM: *„Ich sehe das gar nicht ein mit diesen Exporten, dass sie die genmanipulierten, dass sie das genmanipulierte Fleisch aus Amerika, die Amerikaner sollen sich selbst vergiften!, die sollen machen, was sie wollen ...“* (Wien I).

DM: *„Bei den ganzen WTO- oder GATT-Verhandlungen, sobald es in einem Land erlaubt ist, musst du es reinlassen, wie es damals war mit dem Hormonfleisch, Europa hat den Import ein bisschen gedrosselt, oder mal eingestellt kurzfristig, der Amerikaner hat das durchgedrückt einfach, dass wir das reinlassen müssen. Bei der Genmanipulation ist das im Prinzip dasselbe, weil wir Europäer, wenn wir sagen, wir wollen das nicht, denen ist das ziemlich egal“* (Bauern/ Bäuerinnen).

Auch hier gibt es wieder typische Elemente der Abgrenzung zu EU-Integration und Internationalisierung. Das gilt sowohl für Statements aus den Fokusgruppen als auch etwa für die Kampagnen von Greenpeace im Herbst 1996 und im Frühjahr 1997, als die ersten Importe von „Gen-Soja“ aus den USA in Europa eintrafen bzw. die Kampagne zum österreichischen Gentechnik-Volksbegehren ihren Höhepunkt erreichte. Greenpeace protestierte im Herbst 1996 europaweit, und in diversen Häfen erfolgten konzentrierte Aktionen gegen die einlaufenden Schiffe, was ein erhebliches Medienecho mit Verstärkereffekten bewirkte: Nationale Protestaktionen wurden oft mit vergleichbaren Aktionen in anderen Ländern in Beziehung gesetzt. Im April 1997 (Pressemeldung von Greenpeace, 8.4.1997 bzw. NKZ, 9.4.1997) lud beispielsweise Greenpeace Österreich vor der US-Botschaft in Wien eine Tonne Soja ab¹⁰ – AktivistInnen der

10 Eine ähnliche Aktion gab es auch in Großbritannien: Mitglieder von Greenpeace schütteten vier Tonnen gentechnisch veränderter Sojabohnen vor dem Amtssitz des britischen Premierministers Tony Blair aus (Der Standard, 20./21.2.1999).

Umweltschutzorganisation begleiteten diese Aktion mit einem Transparent mit dem Text: „US-Gentech-Soja: Return to Sender!“ Es überrascht nicht, dass mehrere Printmedien ein Foto des Transparents mit diesem Slogan brachten, vor dem Hintergrund eines Sojahaufens und mit Schaufeln bewehrter Greenpeace-VertreterInnen.

Hinter den Themen demokratische Entscheidungsstrukturen und ökonomische Macht wurde jedoch in vielen Wortmeldungen und Initiativen immer auch nicht zuletzt eine Art kultureller Abgrenzung deutlich. Nicht nur in Frankreich war die befürchtete „McDonaldisierung“ der Esskultur ein brisantes Thema¹¹ –, auch in Österreich ging es um die Aufrechterhaltung der eigenen, traditionellen Esskultur, wie vage dies auch immer in den Interviewaussagen angesprochen wurde..

JM: *„In die Staaten z.B. ist es eh schon total eingeführt oder, ich meine, die machen praktisch schon ein irrsinniges Geschäft damit, schätz ich.“*

OM: *„Das ist auch immer so eine Frage ... vom Kulturkreis, grundsätzlich, auch! Also ich glaub, dass z.B., ich meine, ich weiß sogar, dass in Amerika um einiges schneller akzeptiert wird, was Gentechnik anlangt, weil die einfach technikgläubiger sind die Leute, als in Europa, wo's doch mehr so traditionelle Wurzeln gibt, rein von der Kultur her schon einmal“* (WirtschaftsstudentInnen).

Während in Österreich der relativ starke Sektor biologischer Landwirtschaft auf das Qualitäts- und Traditionsbewusstsein der BürgerInnen zurückgeführt wird, wird die Akzeptanz gentechnisch manipulierter Nahrungsmittel in Ländern wie den USA wiederholt mit einem weniger ausgeprägten Bewusstsein erklärt. Die Befragten nehmen oft an, dass für die Bevölkerung in diesen Ländern Preis, Bequemlichkeit und Aussehen der Produkte die relevantesten Beurteilungskriterien von Nahrungsmitteln sind. Es wird zwar angenommen, dass es auch in Österreich Menschen gibt, für die ein günstiger Preis das Wichtigste ist. Der Anteil jener ÖsterreicherInnen, die ebenso denken, wird jedoch als weit geringer eingeschätzt. Als Ursache für die unterschiedliche Akzeptanz gelten folglich „Mentalitätsunterschiede“, die sich in der Orientierung an unterschiedlichen kulturellen und traditionellen Werten äußern.

3.5 Die Zukunft regionaler Esskulturen

In diesem letzten Abschnitt wollen wir uns einigen in den Fokusgruppen angedachten Zukunftsentwürfen im Zusammenhang mit möglichen Identitäten zuwenden. Dabei wird die Idee eines österreichischen „Feinkostladens“ ebenso relevant wie die Kritik an der Idee zunehmender „McDonaldisierung“. Typischerweise bewegen sich die Zukunftserwartungen der Gruppen in einem Spannungsfeld zwischen dem positiven Ideal gentechnikfreier Regionen und negativen Erwartungen bezüglich fortschreitender Amerikanisierung und Vereinheitlichung von Kulturen:

IW: *„Sie würden das Teure kaufen?“*

VW: *„Ja schon, weil ich will, dass mein Kind was Gescheites isst. Nein, das [gentechnisch veränderte Lebensmittel] mag ich nicht.“*

UW: *„Das ist aber das gewesen, was sie immer gesagt haben bei der EU. Es wird das ganze*

¹¹ Hier protestierte besonders die Bauerngewerkschaft „Confédération Paysanne“ mit ihrer Galionsfigur José Bové gegen diese Entwicklung und thematisierte so die Bedrohung der französischen Esskultur.

deutsche Zeug hereinkommen, das ganze manipulierte Zeug wird hereinkommen und wie gesagt eben, wenn das dann in Österreich eben, da muss man eben sagen, da muss man wirklich schauen, was ich kaufe, wenn ich es mir leisten kann.“

VW: *„Das ist das gleiche wie McDonalds essen. Das ist der gleiche Käse! Luftessen, das ist alles Luft!“* (Innsbruck II).

Die Erfahrung, nicht kontrollieren zu können, wo und unter welchen Bedingungen importierte Lebensmittel produziert werden, führt häufig zu der Annahme, dass diese keine gute Qualität aufweisen. Auch für gentechnisch veränderte Produkte (die Veränderung ist nicht wahrnehmbar und kontrollierbar) wird eine sich verschlechternde Qualität angenommen. Zusätzlich führt die zunehmende Internationalisierung von Produktion und Vertrieb zu der Befürchtung, dass die Vielfalt lokaler und regionaler Produkte und traditionell verankerter Lebensweisen eingeschränkt werden könnte. Dies bedeutet jedoch nicht nur eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, sondern vielmehr die Erwartung, dass sich Kulturen und regionale Eigenheiten zunehmend angleichen und zu einer „Verwässerung“ von Identitäten führen:

YM: *„Und das ist ja, das Schöne an einem Menschen ist ja, dass er individuell ist, oder? Das macht uns ja so besonders. Sonst können wir ja alle jeden Tag ins McDonalds gehen und uns gleich anziehen.“*

VW: *„Nein, Horrorvorstellung! Es ist ja, es tendiert ja alles schon langsam da, dort hin; ich meine die ganzen Kulturen fallen, die Esskulturen, die, alles, ich meine, in China schauen die Jugendlichen gleich aus wie in Moskau und wie in Amerika. Es ist alles schon so einheitlich. Und ich glaube, das ist nicht gut; und wenn dann so was wie, ich meine, wenn das weitergeht und weitergeht, ja ich weiß nicht; dann wird es unheimlich langweilig werden da auf der Welt schätze ich (GRINST).“*

XM: *„Wird bei uns auch so werden.“*

YM: *„Ja langweilig vielleicht nicht, aber zumindest einmal ... grau.“*

VW: *„Ja grau, es wird alles grau werden.“*

XM: *„Ja, wir schauen auch alle aus wie Europäer. Früher haben wir ausgeschaut wie Tiroler und Österreicher oder Italiener, und Jugoslawen hat es gegeben, und heute ...?“* (Innsbruck II).

Der Befürchtung, die eigene kulturelle Identität zunehmend zu verlieren, steht der Idee gegenüber, einen alternativen Weg einzuschlagen und sich so der Vereinheitlichung bestehender Vielfalt und der Reduktion von Qualität zu entziehen:

JW: *„Wenn hier keine Produkte wachsen, die gentechnisch verändert sind, dann hat man auch keine gentechnisch veränderten Lebensmittel in der Kette der österreichischen Erzeugung und ich denke, dass Österreich, wenn Österreich das machen würde, in der Welt einen unglaublichen Markt hat, weil solche Leute wie uns gibt es überall, nicht? Also wir sind der Feinkostladen Europas und das wäre eine Riesenchance für unsere Landwirtschaft.“*

GW: *„Das haben wir auch schon bei den Biobauern, das ist ja auch, da sind wir extrem weit vorne, ja!“* (Mütter).

Die Befragten nehmen an, dass ein Festhalten an biologischen Produktionsweisen und der Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik nicht nur der Erhaltung von Qualität und Traditionen nützen, sondern auch die wirtschaftliche Position Österreichs festigen könnten. Dies basiert auf der Annahme, dass „Leute wie wir“, die eine gute Qualität schätzen, künftig auch in anderen Ländern vermehrt zu finden sein werden. Die Identitätsangebote des „kleinen, aber feinen“ Österreichs findet sich in der Konzeption

Österreichs als „europäischer Feinkostladen“¹², und zwar nicht nur in den Fokusgruppen, sondern z.B. auch in der von den Salzburger Grünen (Bürgerliste) 1998 veröffentlichten Broschüre „Regional Wirtschaften“. Die Forderung nach einem gentechnikfreien Salzburg wurde u.a. wie folgt argumentiert: „Mit gentechnikfreien Qualitätslebensmitteln und einer gentechnikfreien Natur erwirbt der Salzburger Fremdenverkehr eine einmalige Chance auf ein unverwechselbares Image. Und die Chancen für Qualitätsexporte liegen auf der Hand. Salzburg als Feinkostladen Europas.“

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, wurden gentechnikfreie Zonen oder Regionen nicht nur in den Fokusgruppen angedacht, sondern seit 1996 auch von politischen AkteurInnen immer wieder gefordert, wenngleich die rechtlichen Umsetzungschancen als gering galten. Nach der Novellierung der 2001 beschlossenen EU-Freisetzungsrichtlinie (siehe Kap. 2.2) erlebten derartige Initiativen allerdings einen neuen Aufschwung, und verschiedene Bundesländer wie Salzburg, Oberösterreich, das Burgenland und Kärnten unternahmen diesbezügliche Vorstöße. Ausschlaggebend war die Sorge, dass die Novelle das de facto-Moratorium der EU beseitigen würde, und damit neue Produktzulassungen und gentechnisch veränderte Produkte in der österreichischen Landwirtschaft möglich seien.

Der Salzburger Landtag lehnte im März 2001 allerdings einen neuerlichen Versuch ab, eine gentechnikfreie Zone im Salzburger Naturschutzgesetz festzulegen, da dies aufgrund geltenden EU-Rechts nicht möglich sei. Danach protestierten betroffene Bauern vor dem Sitz der Landesregierung gegen die Fortsetzung einer verfehlten Agrarpolitik in eine „irreparable Zukunft“ und gegen die Bedrohung des heimischen Biolandbaus. Der Chef der Landes-Grünen in Salzburg wiederholte in diesem Zusammenhang Forderungen des Konzepts zum „Regionalen Wirtschaften“: „Die Marke Bio wird in Zukunft nicht mehr allein genügen. Es wird etwas Zusätzliches brauchen, eine spezielle Regionalmarke Salzburg unter dem Aspekt Gentechnikfreiheit. ... Wir haben nur als Modellregion eine Chance“ (Cyriak Schwaighofer, zit. in: SN, 4.8.2001).

Im April 2002 erklärte sich dann das Burgenland tatsächlich als erstes österreichisches Bundesland zur gentechnikfreien Zone, um laut Entschließungsantrag im Landtag „die Entwicklung des Burgenlandes als Produzent hochwertiger und natürlicher Lebensmittel nachhaltig abzusichern – ganz im Sinne unserer Landwirtschaft und unserer KonsumentInnen“ (Der Standard 20./21.4.2002). Umsetzungsszenarien allerdings stehen noch aus. Trotz aller bestehenden Umsetzungsschwierigkeiten gibt es weitere Initiativen: Im Dezember 2002 präsentierte Landeshauptmann Erwin Pröll die Vision eines gentechnikfreien „Waldviertel – Lebensviertel“ im Rahmen des agrar- und regionalpolitischen Plans für Niederösterreich: Diese Vision soll in Zusammenarbeit mit der Biolinie „Ja! Natürlich“ verwirklicht werden, mit dem Ziel einer „Marktische im Konkurrenzkampf gegen Massenprodukte“ (Der Standard, 5.12.2002).

Vergleichbare Initiativen gibt es auch in anderen europäischen Ländern. In Italien wurden die Toskana (Einführung eines Gütesiegels „Agriqualità“) und das Latium zu

12 Dieses Argument tauchte bereits in der EU-Beitrittsdiskussion immer wieder auf, als es um mögliche Folgen des Beitritts für die österreichische Landwirtschaft ging.

gentechnikfreien Zonen erklärt. Auch Kroatien arbeitet an einem Gesetz für das Verbot des Imports und Anbaus gentechnisch veränderten Saatguts und wirbt bereits mit dem Slogan „natural food – healthy vacation“. Wettbewerbsvorteile für die lokale Landwirtschaft und der Tourismus gelten europaweit als zentrale Argumente für gentechnikfreie Zonen.

Tatsächlich ist Österreich bis dato formal im Bereich der Landwirtschaft eine gentechnikfreie Zone, da (von der illegalen Freisetzung 1996 abgesehen) Freisetzungen nie zustande kamen, und mit dem entsprechenden Moratorium dieser Zustand endgültig festgeschrieben wurde. Auch zählte Österreich zu jenen Mitgliedstaaten, die die neue EU-Freisetzungsrichtlinie trotz verschärfter Bestimmungen (Vorsorgeprinzip, Monitoring) als unzureichend kritisierten. Allerdings gibt es regelmäßig Berichte über gentechnik-kontaminiertes Saatgut (besonders den „Gen-Mais-Skandal“ im Sommer 2001), womit dieses Thema dann auch zum Gegenstand der politischen und parlamentarischen Diskussion wird – vollständige Gentechnikfreiheit erscheint kaum erreichbar, worauf nicht zuletzt die Diskussionen um Schwellenwerte verweisen. Noch sind auch die effektiven Umsetzungschancen für gentechnikfreie Zonen nicht ganz klar, wobei die Einschätzungen stark variieren.

4. Schlussbetrachtung

Wie in Kap. 2 dieses Beitrags dargestellt, veränderten sich die zentralen Themen der internationalen und österreichischen Gentechnikdebatte im Zeitverlauf. Dabei wurden zunehmend andere Aspekte als die wissenschaftliche Risikobestimmung zu Diskussionsinhalten. Die öffentliche Meinung, Medien und NGOs beeinflussten den Politikwandel der letzten Jahre erheblich und waren bereits Thema umfassender Studien. In diesem Beitrag behandelten wir besonders einen spezifischen Aspekt der Kontroverse um die „grüne“ Gentechnik in Österreich, und zwar das mitunter vage Verständnis von regionaler Identität und Traditionen der Esskultur. Dabei untersuchten wir, ob und in welcher Form diese kulturell geprägten Formen von Selbstverständnis zusätzlich zu Anliegen des Risikos, des Nutzens und zu moralischen Aspekten die Argumentation gegen Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion bestimmen.

Unsere Analyse zeigte, dass im österreichischen Gentechnikdiskurs wiederholt vorgebrachte Argumentationen und Begriffe auftauchen: Diese sind Indizien für eine sich wechselseitig unterstützende Identitätskonstruktion in der breiten Bevölkerung wie auch bei politischen und wirtschaftlichen AkteurInnen. Derartige Identitätskonstruktionen scheinen eine unmittelbare Überzeugungskraft zu besitzen. Die von gentechnikkritischen Initiativen vorgebrachten Identitätsanforderungen fallen in der Bevölkerung auf einen fruchtbaren Boden. Solche Initiativen finden Eingang in das kollektive Gedächtnis, indem sie relevante Bezugspunkte der Identitätskonstruktion werden: Öffentlich wahrnehmbare Initiativen wie etwa das Gentechnik-Volksbegehren oder die Forderung nach gentechnikfreien Zonen geben ein Feedback dazu, was „uns als ÖsterreicherInnen“ wichtig ist bzw. immer schon war. Identität ist somit keine Eigen-

schaft, die Menschen von Natur aus gegeben ist, sondern ein Selbstverständnis, das – individuell und kollektiv – erst errungen werden muss.

Stärker vielleicht als in anderen Ländern mit stolzen Esskulturen dürfte für die Konstruktion österreichischer Identität im Zusammenhang mit Esskultur weniger die Identifikation mit typischen Gerichten oder deren Zubereitungsformen (also weniger die Qualität regionaler bzw. nationaler Küche) wichtig sein als vielmehr ein diffus formulierter Qualitätsbegriff: Dieser geht über die Nahrhaftigkeit, die gesundheitsfördernde oder –beeinträchtigende Wirkung von Lebensmitteln hinaus und umfasst die gesamte landwirtschaftliche Produktionsweise. Somit schließt die identitätsstiftende Idee eines österreichischen „Qualitätsbewusstseins“ regionale Formen der *Agrikultur* und deren Lebenszusammenhang mit ein: Die Idee „österreichischer Qualität“ bezieht sich auf hochwertige Produkte, die im Rahmen kleinbäuerlicher und biologischer Landwirtschaft hergestellt werden. Es kommt daher nicht nur darauf an, was man isst, sondern auch, wie die Nahrungsmittel produziert und vertrieben werden.

Die kulturelle Idee des „kleinen, aber feinen“ Österreichs in der Metapher des „Feinkostladens“ bietet eine Möglichkeit zur Identifikation und zugleich auch zur Abgrenzung von als „anders“ definierten Gruppen. Dass diese Identitätsangebote sowohl in alltäglichen als auch in politischen und wirtschaftlichen Kontexten auftaucht, kann als Hinweis gelten, dass diese Identität fraglich zu werden droht – je mehr man von einer gewissen Identität spricht, desto stärker fühlt man sich darin bedroht. Verständlich wird dieses Bedrohungsgefühl vor allem angesichts zunehmender Industrialisierung und Globalisierung von Produktion und Vertrieb, die zusammen mit einer Entgrenzung politischer Räume als Gefährdung lokaler Identität wahrgenommen werden. Wie in Frankreich ist auch in Österreich die Auseinandersetzung um die Idee der „McDonaldisierung“ der Esskultur ein brisantes Thema. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel werden häufig als „von außen kommend“ interpretiert, mit Industrialisierung und Globalisierung gleichgesetzt und als Gefahr für die österreichische Qualität und Tradition empfunden.

Die Wiederbesinnung auf „Region“ erfolgt in engem Zusammenhang mit der europäischen Integration und der Globalisierung. „Region“ und regionale Identität spielen selten eine Rolle in dem Sinn, dass unterschiedliche österreichische Regionen voneinander abgegrenzt werden: eine derartige Abgrenzung erfolgt vielmehr gegenüber anderen Staaten. Regionalität wird aber insofern wichtig, als eine Nachvollziehbarkeit von Produktion und Vertrieb hoch geschätzt wird. Beim Bauern im Dorf zu kaufen, die Äpfel aus Großmutterns Garten zu essen, oder zumindest im Supermarkt nachvollziehen zu können, wo und von wem Nahrungsmittel hergestellt wurden, gibt ein Gefühl der Sicherheit und Überschaubarkeit; Vertrauen und Verlässlichkeit sind dafür wichtig. Nationale Identität wird vor allem im Zusammenhang mit den weit verbreiteten Überzeugungen relevant, dass die ÖsterreicherInnen mehrheitlich das Anliegen qualitativ hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte unterstützen, und dass es politisch korrekt sei, der „grünen“ Gentechnik kritisch gegenüberzustehen. Interessanterweise verbinden sich diese Annahmen durchaus auch mit anderen Argumenten: Die Idee der „Marktnische“ für hochwertige, biologische und auf traditionelle Weise her-

gestellte Nahrungsmittel verknüpft das Argument der Wirtschaftlichkeit mit regionaler Identität und Tradition, stellt also dazu keinen Widerspruch dar.

Solange also gentechnisch veränderte Lebensmittel als mit herkömmlichen Produktionsweisen und der heimischen Landwirtschaft unvereinbar wahrgenommen werden, ist weiterhin nur mit geringer Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung zu rechnen.

Literatur

- Assmann, Aleida (1994) *Zum Problem der Identität aus kulturwissenschaftlicher Sicht*. In: Lindner, Rolf (Hg.) *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*. Frankfurt/ New York, 13–35.
- Barlösius, Eva (1997) *Bedroht das europäische Lebensmittelrecht die Vielfalt der Esskulturen?* In: Teuteberg, Hans-Jürgen et al. (Hg.) *Essen und kulturelle Identität. Europäische Perspektiven*. Berlin, 113–128.
- Bauer, Martin W./ Gaskell, George (eds.) (2002) *Biotechnology. The Making of a Global Controversy*. Cambridge.
- Beck, Ulrich (1986) *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt.
- Birkland, Thomas A. (1998) *Focusing Events, Mobilization and Agenda Setting*. In: *Journal of Public Policy*, Nr. 1, 53–74.
- Bürgerliste Salzburg Land (Grüne) (Hgin) (1998) *Regional Wirtschaften – Arbeit in der Region* (Zeitschrift „Die Andere“, Nr. 5). Salzburg.
- Durant, John et al. (eds.) (1998) *Biotechnology in the Public Sphere. A European Sourcebook*. London.
- Ehalt, Hubert C. (1994) *Essen und Kultur*. In: Kollmann, Karl/ Steger-Mauerhofer, Hildegard (HglInnen) *Verbraucher oder Verbrauchte. Wenn wir 30 Jahre älter sind*. Fachtagung 13. Oktober 1993, Renner Institut. Wien, 41–47.
- Fellmann, Ferdinand (1997) *Kulturelle und personelle Identität*. In: Teuteberg, Hans-Jürgen et al. (Hg.) *Essen und kulturelle Identität. Europäische Perspektiven*. Berlin, 27–36.
- Gamson, William/ Modigliani, André (1989) *Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: a Constructivist Approach*. In: *American Journal of Sociology*, Nr. 1, 1–37.
- Gaskell, George/ Bauer, Martin W. (eds.) (2001) *Biotechnology 1996–2000. The Years of Controversy*. London.
- Gaskell, George et al. (1998) *Public Perceptions of Biotechnology in 1996: Eurobarometer 46.1*. In: Durant, John et al. (eds.) *Biotechnology in the Public Sphere. A European Sourcebook*. London, 189–214.
- Gaskell, George et al. (2001) *In the Public Eye: Representations of Biotechnology in Europe*. In: Gaskell, George/ Bauer, Martin W. (eds.) *Biotechnology 1996–2000. The Years of Controversy*. London, 53–79.
- Gottweis, Herbert (1995) *Governing Molecules: the Politics of Genetic Engineering in Britain, France, Germany and in the European Union*. Habilitationsschrift an der Universität Salzburg.
- Grabner, Petra (1999) *Technik, Politik und Gesellschaft. Eine Untersuchung am Beispiel des österreichischen Gentechnikgesetzes*. Frankfurt/ Wien.
- Grabner, Petra et al. (2001) *Biopolitical Diversity: the Challenge of Multilevel Policy-Making*. In: Gaskell, George/ Bauer, Martin W. (eds.) *Biotechnology 1996–2000. The Years of Controversy*. London, 15–43.
- Grabner, Petra/ Torgersen, Helge (1998) *Österreichs Gentechnikpolitik – Technikkritische Vorreiterrolle oder Modernisierungsverweigerung?* In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 1, 5–27.
- Heintel, Martin (1997) *Region und „Selbstorganisation“? Einige Gedanken zum Phänomen räumlicher Konstituierung*. In: *SWS-Rundschau*, Nr. 3, 303–323.
- Ipsen, Detlev (1994) *Regionale Identität. Überlegungen zum politischen Charakter einer psychosozialen Raumkategorie*. In: Lindner, Rolf (Hg.) *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*. Frankfurt/ New York, 232–254.
- Jungermann, Helmut/ Slovic, Paul (1993) *Charakteristika individueller Risikowahrnehmung*. In: Bayerische Rück (Hgin) *Risiko ist ein Konstrukt. Wahrnehmungen zur Risikowahrnehmung*. München, 89–108.

- Kronberger, Nicole (2002) *Facing Technological Danger. Cultural Norms and the Moral Evaluation of Modern Biotechnology*. Dissertation an der Universität Wien.
- Lassen, Jesper et al. (2002) *Testing Times – the Reception of Roundup Ready Soya in Europe*. In: Bauer, Martin W./ Gaskell, George (eds.) *Biotechnology. The Making of a Global Controversy*. Cambridge, 279–312.
- Ökonsult (1996) *GENMAHLZEIT*. Unterlagen zur Präsentation der bundesweiten Umfrage unter 1.593 ÖsterreicherInnen zum Thema Gentechnik in Österreich. Baden bei Wien.
- Rogers, Everett M. (1995) *Diffusion of Innovations*. New York.
- Streinz, Rudolf (1997) *Das deutsche und europäische Lebensmittelrecht als Ausdruck kultureller Identität?* In: Teuteberg, Hans-Jürgen et al. (Hg.) *Essen und kulturelle Identität. Europäische Perspektiven*. Berlin, 103–112.
- Torgersen, Helge et al. (2002) *Promise, Problems and Proxies: Twenty-Five Years of Debate and Regulation in Europe*. In: Bauer, Martin W./ Gaskell, George (eds.) *Biotechnology. The Making of a Global Controversy*. Cambridge, 21–94.
- Wagner, Wolfgang (1994) *Alltagsdiskurs. Die Theorie sozialer Repräsentationen*. Göttingen.
- Wagner, Wolfgang et al. (1998) *Austria*. In: Durant, John et al. (eds.) *Biotechnology in the Public Sphere. A European Sourcebook*. London, 15–28.
- Wagner, Wolfgang et al. (2001) *Nature in Disorder: the Troubled Public of Biotechnology*. In: Gaskell, George/ Bauer, Martin W. (eds.) *Biotechnology 1996–2000. The Years of Controversy*. London, 80–115.
- Wagner, Wolfgang et al. (2002) *Pandora's Genes – Images of Genes and Nature*. In: Bauer, Martin W./ Gaskell, George (eds.) *Biotechnology. The Making of a Global Controversy*. Cambridge, 244–276.